

Produktiv nutzbare Online-Verwaltungsleistungen

Stand des Roll-Outs

Dreizehn neue OZG-Projekte starten in Kürze

Belehrung nach § 43 IfSG im Landkreis Bautzen und im Vogtlandkreis jetzt auch online möglich

Landkreis Mittelsachsen nimmt als erste sächsische Ausländerbehörde den EfA-Dienst „Aufenthaltstitel“ in Betrieb

IT-Planungsrat skizziert erste Eckpunkte des Kommunalpaktes

Mindestanforderungen an den Betrieb eines Einer-für-Alle-Service

Onlineantrag auf Wohngeld nimmt im Freistaat Sachsen Fahrt auf

Prozessorientierte Bestimmung des Vertrauensniveaus für digitale Verwaltungsleistungen in der kommunalen Praxis

Gemeinsame Länderposition zur Novelle des OZG stellt acht Kernforderungen für die Verwaltungsdigitalisierung auf

Gute Mittelfeld-Plätze für die sächsischen Städte Leipzig und Dresden im Digital-Ranking der Zeitschrift „c't Magazin für Computertechnik“

Modernisierung des Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesens soll Möglichkeiten des Onlinezugangs verbessern

Identitätsdokumente: Verfahren zur sicheren Übermittlung des Lichtbildes durch Dienstleister werden geregelt

„Werkzeugkoffer“ soll sächsische Kommunen fit machen für die elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung

Kommunale Geschäftsprozesse Ende-zu-Ende digital denken

BSI veröffentlicht IT-Grundschutz-Kompendium in der Edition 2023

Mehr digitale Sicherheit für privatrechtliche kommunale Unternehmen: Cyber-Sicherheitsnetzwerk Sachsen gestartet

VITAKO-Positionspapier zur Registermodernisierung

Schulungen zum Föderalen Informationsmanagement (FIM) für interessierte Mitarbeiter der sächsischen Gemeinden, Städte und Landkreise

4. Prozessmanagement-Tag am 03. Mai 2023 in Meißen

Aktueller Umsetzungsstand der laufenden OZG-Projekte

RUBRIK: „KURZSTATUS DER KOMMUNALEN OZG-UMSETZUNG“

In dieser Rubrik informieren wir über die bereits verfügbaren bzw. aus der Entwicklungs- in die Pilotierungsphase übergehenden Online-Verwaltungsleistungen, über den Stand des Roll-Outs bzw. die Flächendeckung des Einsatzes der verfügbaren OZG-Produkte sowie über entsprechende Weiterentwicklungen der Produkte.

Produktiv nutzbare Online-Verwaltungsleistungen

Im Folgenden sind alle Online-Verwaltungsleistungen aufgeführt, welche von der SAKD eine dem Umsetzungsstand entsprechende Qualitätssicherung erfahren haben und bereits produktiv im Serviceportal Amt24 bzw. in der i-Kfz-Lösung eKOL-KFZ im Einsatz sind. Diese OZG-Produkte stehen allen sächsischen Kommunen zur Nachnutzung zur Verfügung:

im Vollzug der Landkreise

Nr.	zuständige Behörde	Online-Verwaltungsleistung	verfügbar seit
1	Kfz-Zulassungsbehörde	An-, Ab- und Ummeldung eines Kfz (i-Kfz)	04/2020
2		Wunschkennzeichen	04/2020
3		Feinstaubplakette	04/2020
4	Gesundheitsamt	Leichenpass	03/2022
5		Unbedenklichkeitsbescheinigung bei Feuerbestattung	03/2022
6		Verlängerung der Bestattungsfrist	03/2022
7		Übermittlung des Ergebnisberichtes der zweiten Leichenschau	03/2022
8		Anzeige einer selbstständigen Tätigkeit in einem Heil- oder Gesundheitsfachberuf	04/2022
9	Kreispolizeibehörde	Waffenbesitzkarte	04/2022
10		Kleiner Waffenschein	04/2022
11		Europäischer Feuerwaffenpass	04/2022
12		Öffentliche Versammlungen & Aufzüge	06/2022
13	örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendamt)	Unterhaltsvorschuss	04/2022
14		Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung (Ermäßigung/Erlass des Elternbeitrages)	12/2022
15	Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde	Auszug aus dem Altlastenkataster	06/2022
16	Kreisgewerbebehörde	Erlaubnis nach § 33a GewO (Schaustellung von Personen)	01/2023
17		Erlaubnis nach § 33i GewO (Betrieb einer Spielhalle im stehenden Gewerbe)	01/2023
18		Erlaubnis nach § 34 GewO (Pfandleihgewerbe)	06/2022
19		Erlaubnis nach § 34a GewO (Bewachungsgewerbe)	06/2022
20		Erlaubnis nach § 34b GewO (Versteigerergewerbe)	01/2023
21		Erlaubnis nach § 34c GewO (Immobilienmakler)	06/2022
22		Erlaubnis nach § 34f GewO (Finanzanlagenvermittler)	06/2022
23		Erlaubnis nach § 34h GewO (Honorar-Finanzanlagenberater)	06/2022
24		Erlaubnis nach § 34i GewO (Immobilienkreditvermittler)	06/2022
25		Anzeige einer Versteigerung nach § 3 VerStV	01/2023
26	Untere Katastrophenschutzbehörde	Erstattung Verdienstaufschlag für Katastrophenschutzleistungen	08/2022

27	Untere Landwirtschaftsbehörde	Forstrechtliche Genehmigungen – Waldneubegründung (Erstaufforstung)	01/2023
28		Anzeige eines Landpachtvertrages	04/2022
29	Untere Forstbehörde	Forstrechtliche Genehmigungen - Kahlhieb	01/2023
30		Forstrechtliche Genehmigungen – Rodung (dauerhafte Waldumwandlung)	01/2023
31		Forstrechtliche Genehmigungen - Verlängerung der Wiederaufforstungsfrist	01/2023
32	Untere Jagdbehörde	Anmeldung zur Jägerprüfung	12/2022
33		Jagdschein	12/2022
34	Untere Vermessungsbehörde	Flurstückverschmelzung	12/2022
35	Wohngeldstelle	Wohngeld - Erst- und Weiterleistungsantrag (Mietzuschuss)	11/2021
36	Untere Bauaufsichtsbehörde	Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis	12/2021
37	Untere Denkmalschutzbehörde	Steuerbescheinigungen Denkmalschutz (Bescheinigungen gemäß §§ 7i, 10f, 10g und 11b EStG)	01/2023
38	Sportamt bzw. Immobilienverwaltung	Nutzung von Sportstätten in Trägerschaft des Landkreises	11/2021
39	Untere Straßenverkehrsbehörde	Sondernutzung für Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum	04/2022
40	Amt für Ausbildungsförderung	BAföG (https://www.bafoeg-digital.de)	01/2023
41	Untere Ausländerbehörde	Einer-für-Alle-(Efa-)Dienst „Aufenthaltstitel“ <ul style="list-style-type: none"> - Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit - Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Ausbildung - Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen - Änderung der Nebenbestimmungen in einer Aufenthaltserlaubnis - Aufenthaltserlaubnis mittels beschleunigtem Fachkräfteverfahren - Niederlassungserlaubnis 	01/2023
42		Einer-für-Alle-(Efa-)Dienst „Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigungen“ <ul style="list-style-type: none"> - Beantragung einer Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht („Daueraufenthaltsbescheinigung“) für EU-/ EWR-Bürger - Ausstellung einer (Dauer-)Aufenthaltskarte für drittstaatsangehörige Familienangehörige von Deutschen und EU-/EWR-Bürgern 	01/2023
43	<i>behördenübergreifend</i>	SEPA-Lastschriftmandat – Ausbaustufe 1 „Wiederkehrende Zahlungen“	06/2022

im Vollzug der Städte und Gemeinden

Nr.	zuständige Behörde	Online-Verwaltungsleistung	verfügbar seit
1	Ortsgewerbebehörde	Gewerbeanzeige gemäß § 14 GewO	03/2020
2		Erlaubnis nach § 60a Abs. 3 GewO (Betrieb einer Spielhalle im Reisegewerbe)	01/2023
3		Anzeige eines vorübergehenden Gaststättengewerbes nach § 2 Abs. 2 SächsGastG	06/2022
4		Anzeige einer Straußwirtschaft nach § 3 SächsGastG	06/2022
5		Nicht gewerbsmäßiger Ausschank alkoholischer Getränke nach § 2 Abs. 1 Satz 4 SächsGastG	01/2023
6		Gewerbeauskunft	12/2022
7	Standesamt	Anforderung einer Geburtsurkunde	12/2020
8		Anforderung einer Sterbeurkunde	12/2020
9		Anforderung einer Eheurkunde	12/2020
10		Anforderung einer Lebenspartnerschaftsurkunde	12/2020
11		Anzeige eines Sterbefalls	04/2022
12	Örtliches Steueramt	Bescheinigung in Steuersachen des Gemeindesteueramtes	06/2022
13		Anmeldung zur Hundesteuer	10/2020
14	Örtliche Brandschutzbehörde	Erstattung Feuerwehrverdienstausfall	12/2020
15	Gemeindewahl Ausschuss	Wahlschein für Briefwahl	09/2020
16		Wahlhelferanmeldung auf Basis der Plattform VOIS-Online	01/2022
17	Ortspolizeibehörde	Feuerwerk - Ausnahme von Verboten des Abbrennens pyrotechnischer Gegenstände der Kategorie 2 gemäß § 24 Abs. 1 SprengV	06/2022
18		Brauchtums-, Traditions- und Lagerfeuer	08/2022
19		Hausnummernvergabe	06/2022
20	Bürgerbüro/-service	Sächsische Ehrenamtskarte	12/2021
21		Sächsischer Landesfamilienpass	03/2022
22		Mängelmeldung	06/2022
23		Finanzielle Zuwendungen für Neugeborene	10/2022
24		Sozialpass	09/2022
25		Kommunale Corona-Soforthilfe	10/2020
26		Kita-Betreuungsplatz	04/2022
27	Grünflächenamt	Genehmigung zur Fällung eines Baumes bzw. zum Gehölzschnitt gemäß örtlicher Gehölzschutzsatzung	11/2021
28	Örtliche Bibliothek	Bibliotheksanmeldung	06/2022
29	Meldebehörde	An-/Ab-/Ummeldung eines Wohnsitzes auf Basis der Plattform VOIS-Online	01/2022
30		Meldebescheinigung auf Basis der Plattform VOIS-Online	01/2022
31		Wohnungsgeberbestätigung	01/2022

		auf Basis der Plattform VOIS-Online	
32		Melderegisterauskunft auf Basis der Plattform VOIS-Online	01/2022
33		Auskunfts-/Übermittlungssperren gemäß BMG auf Basis der Plattform VOIS-Online	01/2022
34	Wohngeldstelle	Wohngeld - Erst- und Weiterleistungsantrag (Mietzuschuss)	11/2021
35	Untere Bauaufsichtsbehörde	Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis	12/2021
36	Untere Denkmalschutzbehörde	Steuerbescheinigungen Denkmalschutz (Bescheinigungen gemäß §§ 7i, 10f, 10g und 11b EStG)	01/2023
37	Sportamt bzw. Immobilienverwaltung	Nutzung von Sportstätten in Trägerschaft der Stadt bzw. Gemeinde	11/2021
38	Örtliche Straßenverkehrsbehörde	Sondernutzung für Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum	04/2022
39		Halteverbot für Umzug	06/2022
40		Ausstellung eines Bewohnerparkausweises	03/2021
41	<i>behördenübergreifend</i>	SEPA-Lastschriftmandat – Ausbaustufe 1 „Wiederkehrende Zahlungen“	06/2022
42		einfaches, erweitertes, europäisches Führungszeugnis (https://www.fuehrungszeugnis.bund.de)	

Stand des Roll-Outs

In der Übersicht sind sowohl Lösungen auf Grundlage der E-Government-Basiskomponenten des Freistaates Sachsen als auch Lösungen Dritter und Eigenentwicklungen der sächsischen Kommunen berücksichtigt.

(Stand: 01.03.2023)

Online-Antragsassistent	Anzahl der Gemeinden u./o. Landkreise	Grad der Flächendeckung	
		nach Anzahl der zuständigen Behörden	nach Einwohnerzahl
Kfz-Wunschzeichen	13	100 %	100 %
i-Kfz Stufe 3 (Paket Kfz-An-/Ab-/Ummeldung)	12	92 %	94 %
Feinstaubplakette	12	92 %	94 %
Wohngeld (Erst-, Weiterleistungsantrag für Mietzuschuss)	27	90 %	90 %
Wahlschein für Briefwahl ¹	48	16 %	59 %
Paket „Personenstandsurkunden“ - Geburtsurkunde - Sterbeurkunde - Eheurkunde - Lebenspartnerschaftsurkunde	62	24 %	51 %
Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis	13	31 %	50 %
Baumfällgenehmigung	26	8 %	43 %

Niederlassungsanzeige selbstständige Heilberufe	4	31 %	41 %
Kita-Betreuungsplatz ²	27	9 %	39 %
Mängelmelder	22	7 %	37 %
Gewerbeanzeige	68	17 %	34 %
Unterhaltsvorschuss	4	31 %	33 %
Versamlungsanzeige	2	15 %	28 %
Paket „Gesundheitsamt“ - Leichenpass - Unbedenklichkeitserklärung Feuerbestattung - Verlängerung der Bestattungsfrist - Ergebnisbericht der zweiten Leichenschau	3	23 %	27 %
Hundesteuer-Anmeldung	90	23 %	24 %
Erstattung Feuerwehrverdienstausfall	39	11 %	24 %
Beantragung Bewohnerparkausweis	8	3 %	24 %
Halteverbot für Umzug	7	2 %	24 %
Sächsische Ehrenamtskarte	6	4 %	24 %
Kommunale Corona-Soforthilfe	2	1 %	21 %
Sterbefallanzeige	14	7 %	20 %
Brauchtums-, Traditions- und Lagerfeuer	19	6 %	20 %
Auskunft aus dem Altlastenkataster	2	15 %	20 %
Feuerwerk	13	4 %	19 %
Hausnummernvergabe	10	3 %	18 %
Bescheinigung in Steuersachen des Gemeindesteueramtes	10	3 %	18 %
Sächsischer Familienpass	4	1 %	15 %
Waffenbesitzkarte	1	8 %	15 %
Kleiner Waffenschein	1	8 %	15 %
Europäischer Feuerwaffenpass	1	8 %	15 %
Nutzungszeiten Sportstätten	7	2 %	7 %
Bibliotheksanmeldung	2	1 %	6 %
Anzeige Landpachtvertrag	1	8 %	6 %
SEPA-Lastschriftmandat	12	4 %	5 %
Sondernutzung für Veranstaltungen	6	2 %	3 %
Vorübergehendes Gaststättengewerbe	9	3 %	3 %
Straußwirtschaft	1	1 %	1 %
Zuwendungen für Neugeborene	1	1 %	1 %
Sozialpass	1	1 %	1 %

1 Bisher wurden ausschließlich die Kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte berücksichtigt und analysiert.

2 Die Analyse des tatsächlichen Standes wurde erst initialisiert.

Dreizehn neue OZG-Projekte starten in Kürze

Für dreizehn neue OZG-Projekte wird in Kürze die erste Projektphase starten. In dieser Phase werden sowohl fachlich-inhaltliche und prozessuale als auch technische Anforderungen aufgenommen und abgestimmt. Zudem wird eine Projektdefinition erarbeitet, eine Produkt-Roadmap aufgestellt, Fachexperten und Testkommunen akquiriert und ein funktionaler Prototyp erstellt. Folgende neue Projekte gehören dazu:

- Auskunft über und Änderung von verarbeiteten personenbezogenen Daten gemäß SächsDSUG und SächsSÜG
- Erteilung einer Vertretungsvollmacht
- Zustimmungserklärung des gesetzlichen Vertreters
- Einsicht in bzw. Überlassung von Akten aus Verwaltungsverfahren
- Benutzung des Archivs
- Namensführung
 - Erklärung der Namensänderung nach Tod, Scheidung oder Auflösung der Lebenspartnerschaft
 - Erklärung zur Namensfestlegung mit/nach der Heirat bzw. der Begründung einer Lebenspartnerschaft
 - Erklärung zur Namensgebung bei Geburt bzw. Adoption eines Kindes
 - Öffentlich-rechtliche Änderung des Familien- oder Vornamens
- Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung
- Steuerbegünstigungsbescheinigung für Gebäude in Sanierungsgebieten oder städtebaulichen Entwicklungsbereichen
- Einsicht in die bzw. Auskunft aus der Todesbescheinigung
- Einsicht in das und Auszug aus dem Wasserbuch
- Wasserrechtliche Zulassungen und Erlaubnisse zur Gewässerbenutzung, Anlagenerrichtung, Abwasser- und Niederschlagswassereinleitung
- Genehmigung/Registrierung eines Aquakulturbetriebes
- Freiwilliger Landtausch

RUBRIK: „AKTUELLES“

Belehrung nach § 43 IfSG im Landkreis Bautzen und im Vogtlandkreis jetzt auch online möglich

Wer gewerbsmäßig Speisen zubereitet und verteilt, benötigt eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes („Gesundheitspass“, „Hygieneausweis“) über eine entsprechende Belehrung nach § 43 Abs. 1 Satz 1 IfSG. Diese Hygiene-Belehrungen fanden bisher ausschließlich in Präsenz beim Gesundheitsamt statt. Ab sofort können derartige Belehrungen beim Gesundheitsamt des Landkreises Bautzen (<https://bz.gotzq.de>) und des Vogtlandkreises (<https://v.gotzq.de>) auch rein online durchgeführt werden.

Nachdem sich der Belehrungsteilnehmer online angemeldet und direkt die entsprechende Verwaltungsgebühr bezahlt hat, erfolgt eine Identifikation (Legitimation) per E-Mail- oder Videochat/-anruf. Dabei werden allgemein zugängliche Kommunikationstools wie etwa WhatsApp, Signal, FaceTime, Ginlo oder Telegram verwendet. Das zu verwendende Kommunikationstool muss im vorangegangenen Anmeldeprozess entsprechend ausgewählt werden. Zur Identifikation wird der Personalausweis benötigt.

Anschließend muss ein Belehrungsfilm angeschaut und abschließend ein kurzer Test absolviert werden. Der Film kann pausiert und sich auch mehrfach oder sequenzweise angesehen werden. Sofern der abschließende Test erfolgreich absolviert wird, kann ein entsprechendes Zertifikat als Bescheinigung zur Teilnahme an der Erstbelehrung heruntergeladen werden. Die fachlichen Inhalte der Online-Belehrung wurden durch das Gesundheitsamt geprüft und genehmigt. Die Belehrung wird in 17 verschiedenen Sprachen als Untertitel im deutschsprachigen Belehrungsfilm angeboten und dauert etwa 45 Minuten.

Das Technologiezentrum Glehn GmbH (TZG) stellt dafür ein Belehrungsportal (<https://gotzg.de>) zur Verfügung und steht dem Belehrungsteilnehmer vor, während und nach der Belehrung im Rahmen der Geschäftszeiten für technische Fragen zur Verfügung.

Die SAKD bemüht sich gegenwärtig darum, für dieses Online-Angebot detaillierte Informationen zu bekommen. Diese sollen im Anschluss den entsprechenden E-Government- bzw. OZG-Koordinatoren der Landkreise und Kreisfreien Städte über die entsprechenden Arbeitsgruppen der beiden sächsischen kommunalen Spitzenverbände zur Verfügung gestellt werden.

Landkreis Mittelsachsen nimmt als erste sächsische Ausländerbehörde den EfA-Dienst „Aufenthaltstitel“ in Betrieb

Im Landkreis Mittelsachsen können ab sofort befristete Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit, der Ausbildung oder aus familiären Gründen (z.B. Familiennachzug) mit Hilfe eines Online-Dienstes erstmalig beantragt oder verlängert werden. Darüber hinaus können Änderungen von Nebenbestimmungen in bereits erteilten Aufenthaltserlaubnissen sowie die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis beantragt werden. Der Online-Dienst ist sowohl über das sächsische Serviceportal Amt24 als auch hier abrufbar: <https://www.landkreis-mittelsachsen.de/index.php?id=2282#/#bueOverview>.

Der entsprechende SaaS-Nachnutzungsvertrag über den EfA-Dienst „Aufenthaltstitel“ wurde vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) als oberste Ausländerbehörde des Freistaates Sachsen bereits zum Ende letzten Jahres unterzeichnet. Die unteren Ausländerbehörden der Landkreise und Kreisfreien Städte im Freistaat Sachsen haben damit die Möglichkeit, diesen Online-Dienst für ihren Vollzug zu nutzen. Mit Hilfe des Online-Services ist etwa die Beantragung eines Aufenthaltstitels zu verschiedenen Aufenthaltszwecken (u.a. Erwerbstätigkeit, familiäre Gründe, Ausbildung) und aus unterschiedlichen Antragsgründen (u.a. Erstbeantragung, Verlängerung, Änderung von Nebenbestimmungen) möglich.

Interessierte sächsische Ausländerbehörden können sich vom beauftragten IT-Dienstleister des Landes Brandenburg, der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB),

an den Online-Dienst anschließen lassen. Für weiterführende Fragen kann sich gern an das zuständige Referat 24 „Ausländerangelegenheiten und Staatsangehörigkeit“ im Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) gewendet werden.

IT-Planungsrat skizziert erste Eckpunkte des Kommunalpaktes

Der IT-Planungsrat hat in seiner 40. Sitzung am 29. März 2023 erste Eckpunkte für einen sogenannten Kommunalpakt skizziert. Dazu zählt etwa

- die Sicherstellung einer langfristigen Nachnutzungs-Finanzierung von EfA-Diensten,
- die Benennung kommunaler OZG-Koordinatoren für EfA-Dienste in jedem Land,
- die Bildung von Nachnutzungs-Kernteams, Umsetzungsbegleiteams und regionalen „OZG-Taskforces“ in jedem Bundesland zur Forcierung der Pilotierung
- die gezielte Unterstützung von Fachverfahrensanbindungen sowie
- eine laienverständliche Aufbereitung der Informations- und Anbindungsdokumente für die Kommunen.

Das Land Hessen wird den Kommunalpakt in gemeinsamer Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern (BMI), den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden weiter ausarbeiten und operationalisieren. Es ist vorgesehen, diesen in der 41. Sitzung des IT-Planungsrates am 4. Juli 2023 zu beschließen.

Die skizzierten Eckpunkte des Kommunalpaktes können hier eingesehen werden:

https://www.it-planungsrat.de/fileadmin/beschluesse/2023/Beschluss2023-02_Kommunalpakt.pdf

Mindestanforderungen an den Betrieb eines Einer-für-Alle-Service

Der IT-Planungsrat hat in seiner 40. Sitzung am 29. März 2023 Mindestanforderungen an den Betrieb eines Einer-für-Alle-Dienstes beschlossen. Die Bundesländer haben sich untereinander dazu verpflichtet, den Betrieb von EfA-Diensten nach den vereinbarten Mindestanforderungen zu realisieren. Damit soll Verlässlichkeit für einen nutzerfreundlichen und wirtschaftlichen Betrieb sowie eine effiziente Mitnutzung von EfA-Services unter den Ländern und ihren Kommunen sichergestellt werden. Ein EfA-Dienst gilt nun nur als „EfA-konform“, wenn die beschriebenen Mindestanforderungen im Rahmen des Betriebes eingehalten werden. Ferner wurde damit ein Startpunkt geschaffen, der es ermöglicht, entsprechende Regelungen zum Betrieb von EfA-Services und anderen Onlinediensten festzulegen.

Die genannten Mindestanforderungen können hier eingesehen werden: https://www.it-planungsrat.de/fileadmin/beschluesse/2023/Beschluss2023-07_EfA_Mindestanforderungen.pdf

Onlineantrag auf Wohngeld nimmt im Freistaat Sachsen Fahrt auf

Immer mehr sächsische Bürger nutzen beim Bezug von Wohngeld die Möglichkeit, ihren Antrag online zu stellen. Nach einem Pilotbetrieb, der im Juni 2021 in den Landkreisen Görlitz und Nordsachsen gestartet wurde, bieten nun 21 der insgesamt 31 Wohngeldstellen in Sachsen den Onlineantrag an. Allein in den drei Kreisfreien Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz wurden im Januar 2023 fast 2.400 Wohngeldanträge online gestellt. Dies entspricht etwa 20 Prozent der insgesamt in diesen Städten eingegangenen Anträge.

Der Onlineantrag ist zeitgemäß und spart Arbeitsaufwand bei der behördeninternen Bearbeitung. So zeigen etwa die Erfahrungen der Stadt Leipzig, dass die online eingereichten Anträge in den meisten Fällen bereits vollständig sind. Der Antragsteller wird beim Ausfüllen des Onlineformulars durch zahlreiche Hilfsfunktionen bzw. Informationsfelder gezielt unterstützt. Einige Felder sind mit einer Plausibilitätsprüfung hinterlegt. Sollte ein Pflichtfeld nicht ausgefüllt sein, erscheint eine Fehlermeldung und der Antrag kann nicht abgesendet werden. Diese Funktionen helfen dem Antragsteller vergleichsweise mehr als die Hinweise im Papierformular.

In jedem Fall gilt, dass ein von Anfang an vollständig ausgefüllter Wohngeldantrag mit den erforderlichen Nachweisen der Wohngeldbehörde die Prüfung erheblich erleichtert. Ein großer Mehrwert der Online-Beantragung ist, dass die elektronisch vorliegenden Antragsdaten direkt in das von der Wohngeldstelle genutzte Fachverfahren DiWo übernommen werden können. Eine erneute manuelle Datenerfassung durch die Wohngeldstelle ist damit nicht mehr erforderlich.

Online ist ein Antrag auf Wohngeld bisher in den Wohngeldstellen der Landkreise Mittelsachsen, Vogtlandkreis, Bautzen, Görlitz und Nordsachsen sowie bei den Städten Leipzig, Chemnitz, Dresden, Döbeln, Delitzsch, Freiberg, Reichenbach im Vogtland, Werdau, Limbach-Oberfrohna, Hoyerswerda, Bautzen, Zittau, Freital, Radebeul, Coswig und Grimma möglich. Der Online-Antrag ist dort sowohl über die jeweilige Website des Landkreises bzw. der Stadt als auch über das sächsische Serviceportal Amt24 erreichbar.

Darüber hinaus bereiten der Erzgebirgskreis, die Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Leipzig, Meißen und Zwickau sowie die Städte Pirna, Plauen, Glauchau, Görlitz und Zwickau den Start des Onlineantrages noch vor.

Prozessorientierte Bestimmung des Vertrauensniveaus für digitale Verwaltungsleistungen in der kommunalen Praxis

In ihrem Fachaufsatz „Prozessorientierte Vertrauensniveaubestimmung für digitale Verwaltungsleistungen der kommunalen Ebene“ stellen Luise Dorenbusch und Cornelia Pflüger von der Stadt Leipzig sowie Prof. Gunnar Auth von der Hochschule Meißen (FH) ein Bestimmungstool für das Vertrauensniveau von Verwaltungsleistungen vor. Das Bestimmungstool wurde bereits mehrfach in der Praxis innerhalb der Stadtverwaltung Leipzig insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung des Serviceportals Amt24 eingesetzt.

Obwohl der Festlegung des Vertrauensniveaus bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen gemäß OZG eine wesentliche Stellung zukommt, fehlt es bis heute an einem zuverlässigen und praxistauglichen Verfahren innerhalb der kommunalen Verwaltung. Während diese Herausforderung in der Forschung bislang kaum Beachtung fand, sind vorhandene Handlungsempfehlungen und Arbeitshilfen aufgrund mangelnder Stringenz, Klarheit und Aktualität nur sehr restriktiv in der kommunalen Verwaltungspraxis anwendbar.

Die Vertrauensniveaubestimmung wird in dem Fachbeitrag als praktisch relevante Herausforderung betrachtet, für dessen Lösung ein Aktionsforschungsprojekt mit der Kreisfreien Stadt Leipzig durchgeführt wurde. Ziel war die Entwicklung eines rechtssicheren, praxistauglichen und zugleich bürgerorientierten Verfahrens. Dazu wurde eine prozessorientierte Perspektive eingenommen, um ausgehend von der Interaktion zwischen Bürger und Behörde („Digitale Bürgerreise“) sowohl die Anforderungen einer Kommunalverwaltung als auch diejenigen ihrer Verwaltungskunden zu integrieren. Der Beitrag stellt das prozessorientierte Verfahren zur Vertrauensniveaubestimmung einschließlich eines zugehörigen Assistenztools vor und gibt auf Basis von Evaluationsergebnissen und ersten Anwendungserfahrungen Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis.

Der Artikel ist im Rahmen einer Bachelorarbeit entstanden, welche die Stadt Leipzig im Wintersemester 2022 fachlich begleitet hat. Die Arbeit wurde inzwischen für den Best-Student-Award beim 19. Deutschen IT-Sicherheitskongress des BSI am 10./11. Mai 2023

(https://www.bsi.bund.de/DE/Service-Navi/Veranstaltungen/Deutscher-IT-Sicherheitskongress/19-Dt-IT-Sicherheitskongress/19-dt-IT-Sicherheitskongress_node.html) ausgewählt.

Die Inhalte der wissenschaftlichen Arbeit werden am zweiten Kongresstag im Rahmen des Vortragsblockes „Digitale Identitäten“ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Es lohnt sich also, dabei zu sein.

Wir beglückwünschen hiermit alle Beteiligten für diesen tollen, weit über die Grenzen des Freistaates Sachsen hinaus sichtbaren Erfolg. Der vollständige Artikel ist in der Fachzeitschrift „HMD Praxis der Wirtschaftsinformatik“ erschienen und kann hier kostenfrei eingesehen werden: <https://rdcu.be/c7xO8>.

Gemeinsame Länderposition zur Novelle des OZG stellt acht Kernforderungen für die Verwaltungsdigitalisierung auf

Die Bundesländer wollen die Digitalisierung der Verwaltung beschleunigen und haben sich daher auf Initiative von Bayern und Rheinland-Pfalz auf gemeinsame Positionen zur Novellierung des OZG geeinigt. Darin schlagen sie u.a. eine stärkere Unterstützung der Kommunen vor. Die Kommunalverwaltung sei als ausführende Stelle eines großen Teils der Verwaltungsleistungen bei der OZG-Umsetzung besonders gefordert. Bund und Länder sollten daher etwa die Kosten für Fachverfahrensanbindungen von OZG-Leistungen übernehmen.

Zu den acht Kernthemen des Papiers gehören außerdem ein gemeinsames, einheitliches und bundesweites Nutzerkonto (Deutschland-ID bzw. Bürger-ID), die Ende-zu-Ende-Volldigitalisierung der Verwaltung, die Weiterentwicklung des Einer-für-Alle-Prinzips für Infrastrukturen wie Servicekonten oder Cloud, die Umsetzung der Single-Digital-Gateway-(SDG-)Verordnung (SDG-VO) der EU sowie die Schaffung technischer Schnittstellen über Ökosysteme.

Die Digitalisierung muss ferner konsequent umgesetzt, rechtliche Hindernisse beseitigt, die Finanzierung gesichert und die Verteilung der Mittel verbessert werden.

Das gemeinsame Positionspapier der 16 Bundesländer kann hier eingesehen werden:

<https://www.stmd.bayern.de/wp-content/uploads/2023/03/Gemeinsame-Laenderposition.pdf>

Gute Mittelfeld-Plätze für die sächsischen Städte Leipzig und Dresden im Digital-Ranking der Zeitschrift „c’t Magazin für Computertechnik“

In einem aktuellen Digital-Ranking der Zeitschrift „c’t Magazin für Computertechnik“ unter 32 deutschen Großstädten liegen die Stadt Leipzig mit 9 von 15 möglichen Punkten sowie die Landeshauptstadt Dresden mit 7 von 15 möglichen Punkten im guten Mittelfeld.

Doch was genau können Bürger nun online beantragen und wofür müssen sie weiterhin zum Amt gehen. Die Zeitschrift hat daher eine Liste von 15 Verwaltungsleistungen angelegt, die für den Normalbürger besonders relevant sind. Dazu zählen die Bestellung von Abfallbehältern, der Bauantrag, der Bewohnerparkausweis, die Bibliotheksanmeldung, der Führerschein-Erstantrag, der Führerscheinumtausch, die Anforderung einer Geburtsurkunde, die Anmeldung eines Hundes, die Kfz-Neuzulassung, der Behindertenparkausweis, der Unterhaltsvorschuss, die Gewerbeanmeldung, das Wohngeld, die Wohnungsanmeldung sowie die Vormerkung für einen Kita-Platz. Anschließend wurden die 25 größten deutschen Städte plus 7 Landeshauptstädte um Auskunft zum Digitalisierungsgrad bei diesen Leistungen gebeten. Sämtliche Antworten wurden – sofern möglich - durch eine Recherche auf der Webseite der jeweiligen Stadt überprüft. Für die Rangliste wurde jeweils ein Punkt vergeben, wenn die Bürger die entsprechende Leistung über ein reines Onlineformular beantragen können.

Die detaillierten Ranking-Ergebnisse können auf den Seiten 116 bis 121 des Heftes Nr. 4/2023 der Zeitschrift „c’t Magazin für Computertechnik“ eingesehen werden.

RUBRIK: „GESETZESINITIATIVEN IM OZG-KONTEXT“

Modernisierung des Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesens soll Möglichkeiten des Onlinezugangs verbessern

Das Pass-, Ausweis- und ausländerrechtliche Dokumentenwesen unterliegt einem kontinuierlichen Wandel, der insbesondere auf technologische und gesellschaftliche Transformationsprozesse - auch im Rahmen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung - zurückzuführen ist. Der Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesens enthält daher eine Reihe von Neuregelungen, die insbesondere die Möglichkeiten des Onlinezugangs von Bürgern im Bereich des Pass- und Ausweiswesens sowie im ausländerrechtlichen Dokumentenwesens verbessern sollen.

Folgende relevante Neuerungen weist der Gesetzesentwurf auf:

- Das Mindestalter für die Nutzung eines elektronischen Identitätsnachweises (eID) wird auf 14 Jahre reduziert. Damit wird es zukünftig beispielsweise möglich sein, dass Roller-/Moped-Führerscheine ab 15 Jahren direkt vom Führerscheinanwärter/-inhaber beantragt werden können.
- Von der Ausgabe von Kinderreisepässen soll künftig abgesehen werden. Damit wird die entsprechende Verwaltungsleistung bei den sächsischen Passbehörden entfallen.
- Pässe, Personalausweise und eID-Karten sowie, unter bestimmten Voraussetzungen, auch elektronische Aufenthaltstitel können auf Wunsch der antragstellenden Person nun auch im Inland postalisch direkt zugestellt werden. Ein zweiter Gang zur entsprechenden Behörde entfällt in diesem Fall.
- Für die Durchführung des Direktversands kann der Inhaber eines Personalausweises, eines Reisepasses oder einer eID-Karte seine E-Mail-Adresse hinterlegen. Diese muss in den entsprechenden Registern der Personalausweis-, Pass- und eID-Karte-Behörden gespeichert werden.
- Informationen für den elektronischen Identitätsnachweis werden mit Ausnahme des Sperrkennworts grundsätzlich direkt bei Beantragung übergeben. Das Sperrkennwort wird entweder bei der Abholung übergeben oder im Falle der unmittelbaren Zustellung mit dem Dokument versandt.
- Im Falle des Direktversands des Aufenthaltstitels bestehen ergänzende Mitwirkungspflichten der antragstellenden Person. Sie soll die Sendung unverzüglich nach Erhalt daraufhin prüfen, ob sie beschädigt oder unbefugt geöffnet worden ist. Ist eine Sendung unbefugt geöffnet worden oder enthält die Sendung den Aufenthaltstitel nicht, soll sie die ausstellende Ausländerbehörde hiervon unverzüglich unterrichten. Darüber hinaus besteht die Pflicht, den Aufenthaltstitel unverzüglich nach Erhalt auf Richtigkeit und Vollständigkeit aller Angaben zu überprüfen. Ist eine Angabe auf dem Aufenthaltstitel unrichtig, ist die ausstellende Ausländerbehörde unverzüglich zu unterrichten und ein neuer Aufenthaltstitel zu beantragen.
- Für die Registerführung bleibt die Pass-, Personalausweis- oder eID-Karte-Behörde zuständig, die das Identitätsdokument ursprünglich ausgestellt hat, auch wenn der Inhaber des Identitätsdokumentes in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Behörde umzieht.

Der entsprechende Gesetzesentwurf kann hier eingesehen werden:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/referenten-entwuerfe/DVI4/ref-modernisierung-pass-ausweiswesen.html>

Identitätsdokumente: Verfahren zur sicheren Übermittlung des Lichtbildes durch Dienstleister werden geregelt

Das Verfahren für das Einbringen eines Lichtbilds im Rahmen der Beantragung von Identitätsdokumenten (z.B. Personalausweis, Reisepass, eID-Karte) wird sich – wie bereits seit längerem bekannt - zukünftig verändern. Die antragstellende Person kann dabei entweder das Lichtbild durch einen Dienstleister elektronisch anfertigen und im Anschluss von diesem durch ein sicheres Verfahren an die Pass- oder Personalausweisbehörde übermitteln lassen oder sie kann das Lichtbild unmittelbar in der Pass- und Personalausweisbehörde elektronisch erstellen, sofern die Behörde über Geräte zur Lichtbildaufnahme verfügt.

Der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Personalausweisverordnung, der Passdatenerfassungs- und Übermittlungsverordnung, der Aufenthaltsverordnung sowie weiterer Vorschriften sieht nun vor, nähere technische und organisatorische Anforderungen an die Verfahren zur sicheren Übermittlung des Lichtbildes durch einen Dienstleister an die Pass- oder Personalausweisbehörde zu regeln. Dabei wird es zwei mögliche Verfahren geben:

- Die Übermittlung des Lichtbildes von einem Dienstleister kann unter Einbindung eines Cloud-Anbieters erfolgen.
- Die Übermittlung des Lichtbildes kann unter Verwendung eines Aufnahmeapparates eines Dienstleisters durchgeführt werden, wenn dieses unmittelbar an das Behördenetz einer Pass- oder Personalausweisbehörde angeschlossen ist.

Die genannten Verfahrensregelungen werden auch auf das Ausländerrecht übertragen. Es soll der gleiche Maßstab an Sicherheitsanforderungen für das ausländerrechtliche Dokumentenwesen gelten, sofern in den Aufenthaltstiteln und entsprechenden Ausweisdokumenten Lichtbilder digital verarbeitet werden.

Der entsprechende Verordnungsentwurf kann hier eingesehen werden:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/referenten-entwuerfe/ref-verordnung-pass-ausweiswesen.html>

RUBRIK: „E-GOVERNMENT“

„Werkzeugkoffer“ soll sächsische Kommunen fit machen für die elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung

Der Sächsische Landkreistag e.V. (SLKT) initialisiert aktuell das Projekt „Digitale Vorgangs- und Aktenverwaltung“ (DiVA). Für die sächsischen Landkreise, Städte und Gemeinden soll hierin ein entsprechender „Werkzeugkoffer“ zur Einführung, Etablierung und Nutzung der digitalen Vorgangsbearbeitung und Aktenführung mit Hilfe von Dokumenten-Management-Systemen (DMS) erarbeitet werden. Dabei soll auf bereits erprobte Best-Practice-Konzepte Bezug genommen werden. Ein iteratives Vorgehen sowie die Erprobung in ausgewählten Pilotkommunen wird fester Bestandteil des Projektes sein. Der SLKT wird im Rahmen des Projektes eng mit den Digital-Lotsen-Sachsen (DLSN) beim Sächsischen Städte- und Gemeindetag (SSG), der Sächsischen Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (SAKD), den kommunalen Dienstleistern im Freistaat Sachsen sowie den sächsischen Kommunen zusammenarbeiten.

Der „Werkzeugkoffer“ soll die sächsischen Kommunen in die Lage versetzen, die elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung rechtssicher, praktikabel und nachhaltig in ihren Verwaltungen zu etablieren. Neben dem initialen Aufbau von Projektstrukturen und eines Lebenszyklus-Modells für den „Werkzeugkoffer“ sollen etablierte Ansätze zur digitalen Vorgangsbearbeitung und Aktenverwaltung gesichtet, aufbereitet und anhand geeigneter Schulungsmaterialien zur Verfügung gestellt werden. Die im Rahmen des Projektes beteiligten Pilotkommunen sollen bei der Einführung einer digitalen Vorgangsbearbeitung begleitet und der erarbeitete „Werkzeugkoffer“ dort entsprechend erprobt werden.

Das Projekt wird in den Jahren 2023 und 2024 auf Initiative der Sächsischen Staatskanzlei unter paritätischem Einsatz von Mitteln des Landes und des SächsFAG in Höhe von jährlich 500.000 EUR finanziert und soll die kommunale Ebene bei der Umsetzung modellhafter Vorhaben im Kontext elektronischer Vorgangsbearbeitungs- und Dokumenten-Management-Systeme unterstützen.

Kommunale Geschäftsprozesse Ende-zu-Ende digital denken

Das OZG sieht bekanntlich vor, dass Bürger und Unternehmen über einen digitalen Kanal Anträge online einreichen können. Was mit den elektronisch eingegangenen Daten anschließend innerhalb der kommunalen Verwaltung passiert, bleibt in den meisten Fällen aber offen. Grund genug also für die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), stärker zu beleuchten, wie Kommunen Verwaltungsprozesse durchgehend digital denken können.

Dazu wurde durch die KGSt eine Arbeitsgruppe aus kommunalen Praktikern zusammengestellt, die nach zwei virtuellen Treffen im Jahr 2022 und am 27./28. Februar 2023 zu einem zweitägigen Präsenztreffen in Köln zusammenkamen. Mit dabei waren auch Mitarbeiter des Referates Organisationsentwicklung des Landkreises Mittelsachsen. Ein wichtiger Fokus des Treffens lag auf der Frage, welche Erfolgsfaktoren Kommunalverwaltungen schaffen können, um stärker in die digitale Ende-zu-Ende-Realisierung von Geschäftsprozessen zu kommen. Zu den erarbeiteten Erfolgsfaktoren gehören u.a.:

- **Ende-zu-Ende-Prozesse brauchen ein Ende-zu-Ende-Mindset in der Verwaltung**
Das Ende-zu-Ende-Mindset umfasst eine klare Serviceorientierung der Verwaltung, also eine Ausrichtung auf die Bedarfe von externen Nutzenden (Bürger) und internen Nutzenden (Mitarbeiter). Das erfordert ein ganzheitliches Prozessdenken ausgehend von dem Entstehen eines Bedarfs bis hin zu dessen Erfüllung.
- **Ende-zu-Ende-Prozesse verlangen vernetzte Kompetenzen**
Um einen Prozess digital und möglichst medienbruchfrei abbilden zu können, braucht es unterschiedliche Kompetenzen: IT-Kompetenz, Prozessmanagement-Know-how sowie fachliches Geschäftsprozesswissen. Diese drei Kompetenzebenen müssen in entsprechenden Teams zusammengeführt und vernetzt gedacht werden.
- **Ende-zu-Ende-Prozesse verschieben die Prozessverantwortlichkeiten**
Im Kontext der Verantwortlichkeit von Geschäftsprozessen stellt sich die Frage, wer die Eigenschaft des Prozesseigners, welcher die Gesamt- und Ergebnisverantwortung für einen Geschäftsprozess trägt, bekleiden soll. Eine übergreifende Verantwortlichkeit widerspricht der klassischen Aufbauorganisation mit klar abgrenzbaren Zuständigkeiten. Hier braucht es dringend ein neues Denken in Verantwortlichkeiten.

Die Arbeitsgruppe wird die beschriebenen Erfolgsfaktoren für Ende-zu-Ende-Geschäftsprozesse sowie methodische Hinweise zur Gestaltung von Ende-zu-Ende-Prozessen in den nächsten Wochen ausarbeiten und im Sommer 2023 in einem neuen KGSt®-Bericht veröffentlichen. Weiterführende Informationen sind hier zu finden: <https://www.kgst.de/prozesse-ende-zu-ende-digital-denken>.

BSI veröffentlicht IT-Grundschutz-Kompendium in der Edition 2023

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat das IT-Grundschutz-Kompendium Edition 2023 veröffentlicht. Das kompakte Nachschlagewerk stellt 111 IT-Grundschutz-Bausteine zur Verfügung. Ziel des BSI-Papiers ist es, allen Anwendern – dazu gehören auch die Kommunalverwaltungen – praktikable Sicherheitsempfehlungen anzubieten, um für die aktuellen Themen bzw. Entwicklungen in der Informationssicherheit gewappnet zu sein.

Mit dem IT-Grundschutz-Kompendium Edition 2023 können die IT-Mitarbeiter und Datenschützer der kommunalen Verwaltungen erste Schritte zur Absicherung von Gebäuden, IT-Systemen und Datennetzen, den Aufbau eines Managementsystems zur Informationssicherheit oder den Schutz von besonders sensiblen Informationen angehen.

Insgesamt 21 Bausteine seien laut BSI inhaltlich überarbeitet und die inhaltlichen Änderungen in separat veröffentlichten Änderungsdokumenten festgehalten worden. Außerdem seien mehrere Rollenbezeichnungen angepasst sowie alle Bausteine des IT-Grundschutz-Kompendiums strukturell und sprachlich überarbeitet worden. Vorhandene Bausteine, wie etwa zum Outsourcing, seien zudem grundlegend überarbeitet worden. Des Weiteren sind zahlreiche weitere Ergänzungen und Aktualisierungen auf Grundlage des Anwenderbedarfs erarbeitet worden.

Das IT-Grundschutz-Kompendium ist ein Angebot für Anwenderinnen und Anwender, um sich über die unterschiedlichsten Gefahren im Bereich Informationssicherheit zu informieren und für diese zu rüsten. Die Edition 2023 steht online auf der BSI-Webseite unter www.bsi.bund.de zur Verfügung.

Mehr digitale Sicherheit für privatrechtliche kommunale Unternehmen: Cyber-Sicherheitsnetzwerk Sachsen gestartet

Cyber-Sicherheit hat in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Die in der Vergangenheit gehäuft aufgetretenen Cyber-Attacken haben auch im Freistaat Sachsen das Bewusstsein für dieses Thema geschärft. Eine erfolgreiche Digitalisierung kann nur mit ausreichender Informationssicherheit gewährleistet werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind in der Regel weniger gut geschützt. Der sächsische Mittelstand als Motor der sächsischen Wirtschaft ist daher besonders gefährdet.

Mit der kürzlich gestarteten Initiative für Prävention und Aufbau einer digitalen Rettungskette bei IT-Sicherheitsvorfällen im „Cyber-Sicherheitsnetzwerk Sachsen“ (<https://www.cyber-sicherheitsnetzwerk.sachsen.de>) unterstützen die Digitalagentur Sachsen (DiAS), die sächsischen Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern sowie das sächsische Landeskriminalamt den Aufbau und die Stärkung eines Netzwerks für Unternehmen, um Cyber-Angriffen vorzubeugen und Betroffenen im Notfall Soforthilfe anzubieten.

Vorbild ist das Cyber-Sicherheitsnetzwerk des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Das „Cyber-Sicherheitsnetzwerk Sachsen“ sensibilisiert KMU für IT-Sicherheitsvorfälle. Mittels Präventions- und Beratungsangeboten soll die Cyber-Sicherheit in sächsischen Unternehmen erhöht werden. Weiterhin wird mit Unterstützung von sächsischen IT-

Sicherheitsdienstleistern eine digitale Rettungskette von und für Sachsen aufgebaut. Dieser Sofortmaßnahmenplan bietet auch kommunalen Unternehmen im privatrechtlichen Betrieb im Falle eines Cyber-Angriffs schnelle und kompetente erste Hilfe an. Das „Cyber-Sicherheitsnetzwerk Sachsen“ möchte Informationen zur Prävention und Reaktion bei IT-Sicherheitsvorfällen bereitstellen, kostenlose Angebote im Freistaat Sachsen sichtbar machen und zu durch das BSI qualifizierten Dienstleistern im Freistaat hinführen.

IT-Sicherheitsdienstleister sind aufgerufen, ihre Mitarbeitenden zu digitalen Ersthelfern und Vorfallpraktikern bzw. -experten ausbilden zu lassen. Über hierfür angebotene Schulungen kann sich beim BSI informiert werden.

VITAKO-Positionspapier zur Registermodernisierung

Das Projekt des Bundes zur Registermodernisierung sieht vor, die deutschen und damit auch die kommunalen Register im Rahmen eines Modernisierungsvorhabens bundesweit zu einer Registerlandschaft zusammenzuschließen, in der die Register systematisch miteinander vernetzt sind. Allgemeiner Konsens über die föderalen Ebenen hinweg besteht dabei über die Ziele zur Digitalisierung hin zu einer volldigitalen, möglichst medienbruchfreien, proaktiven, resilienten und datenbasierten Verwaltung. Sie soll bürger- und unternehmensnah agieren, bedarfsgerecht Leistungen und Services anbieten und muss digital funktionieren.

Aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.V. (VITAKO) ist die Registermodernisierung im Jahr 2023 neben dem OZG eines der bestimmenden Themen für die Verwaltungsdigitalisierung. Die VITAKO, zu deren Mitgliedern auch der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA), die Lecos GmbH sowie der Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen (EBIT) der Landeshauptstadt Dresden gehören, hat dazu bereits Anfang des Jahres ein entsprechendes Positionspapier „Register modernisieren – Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen“ veröffentlicht, welches folgende fünf Kernforderungen enthält:

- **„Government as a Platform (GaaP)“**
Register und Fachverfahren müssen schnellstmöglich durch standardisierte Basisinfrastruktur-Dienste „Once-Only“-fähig bereitgestellt werden, ohne die (kommunalen) Register hierfür vereinheitlichen zu müssen.
- **Verwaltungsprozesse erst optimieren, dann digitalisieren**
Verwaltungsabläufe bzw. Geschäftsprozesse müssen praxistauglich und zukunftsfähig aus interdisziplinärer Experten-Perspektive der Verwaltungspraxis, IT-Dienstleister und Fachverfahrenshersteller (neu) definiert werden.
- **Register-Datenmanagement mit regulatorischen Vorgaben souverän gestalten**
Für die Bereiche Datenschutz, Informationssicherheit, Standards der Datenqualität und -pflege sowie Verantwortlichkeiten für die Datenverarbeitung müssen regulatorische Vorgaben festgelegt werden.

- **Veränderung und Nutzen im Fokus**

Mehrwerte und Fortschritte der Registermodernisierung müssen zielgruppenorientiert kommuniziert werden, um Bürger und Unternehmen von der digitalen Verwaltung zu überzeugen. Ferner müssen Verwaltungsmitarbeitende entsprechend beraten, informiert und qualifiziert werden.

- **Dauerhafte Finanzierung sicherstellen**

Kommunen benötigen auch perspektivisch entsprechende Finanzmittel für die Umsetzung, den laufenden Betrieb und Anpassungen der Register-IT sowie der angebundenen Fachverfahren.

Das Positionspapier kann hier eingesehen werden: <https://vitako.de/wp-content/uploads/2023/01/Vitako-Positionspapier-Registermodernisierung.pdf>

Schulungen zum Föderalen Informationsmanagement (FIM) für interessierte Mitarbeiter der sächsischen Gemeinden, Städte und Landkreise

Im Rahmen eines begrenzten Budgets werden in diesem Jahr im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei wieder FIM-Basisschulungen und Schulungen zum FIM-Methodenexperten angeboten. Die Digital-Lotsen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages e.V. vermitteln dieses Angebot. Interessierte Mitarbeiter der sächsischen Kommunen werden gebeten, sich zeitnah über folgenden Link (bis zum 31.05.2023) anzumelden: <https://t1p.de/io1jq>.

4. Prozessmanagement-Tag am 3. Mai 2023 in Meißen

Das bewährte Tagungsformat „Prozessmanagement-Tag“ bietet den Mitarbeitern aus Behörden und Einrichtungen im Freistaat Sachsen, die sich für Fragen rund um das Erfassen, das Managen und die Optimierung von verwaltungsbezogenen Geschäftsprozessen interessieren, die Plattform für einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Am 3. Mai 2023 führen die Sächsische Staatskanzlei und der Sächsische Städte- und Gemeindetag e.V. die vierte Fachveranstaltung zum Prozessmanagement in öffentlichen Verwaltungen im Freistaat Sachsen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH), Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen (HSF) in Meißen durch.

Es wird darum gebeten, sich den Termin im Kalender vorzumerken. Gegenwärtig werden die Details der Veranstaltung geplant. Ende März werden sowohl der Link für die Anmeldung als auch die Detailinformationen zur Tagung bekannt gegeben. Wenn bis dahin Fragen bestehen oder weitere Informationen benötigt werden, kann sich an prozessplattform@sk.sachsen.de gewendet werden.

RUBRIK: „STAND DER EINZELNEN OZG-PROJEKTE“

Aktueller Umsetzungsstand der laufenden OZG-Projekte

Stand: 31.03.2023

Stand: 31.03.2023			Status					
LP	LB	Bezeichnung	Phase nach OZG-Vorgehensmodell					
01 Umwelt-, Natur- & Artenschutz								
01		Baumfällgenehmigung – Ausbaustufe II: Szenarien der Unteren Naturschutzbehörden	LA	1	2	3	4	Produkt
02		Forstrechtliche Genehmigungen - Sperrung von Wald	LA	1	2	3	4	Produkt
		Forstrechtliche Genehmigungen - Feuergenehmigung	LA	1	2	3	4	Produkt
		Forstrechtliche Genehmigungen - Anlage von Leitungsschneisen und forstbetrieblichen Anlagen	LA	1	2	3	4	Produkt
04		Anzeige des Bestandes besonders geschützter Tierarten nach § 7 Abs. 2 BArtSchV	LA	1	2	3	4	Produkt
05		Einsicht in das und Auszug aus dem Wasserbuch	LA	1	2	3	4	Produkt
05		Wasserrechtliche Zulassungen und Erlaubnisse zur Gewässerbenutzung, Anlagenerrichtung, Abwasser- und Niederschlagswassereinleitung	LA	1	2	3	4	Produkt
09		Massenvermehrung von Schadorganismen	LA	1	2	3	4	Produkt
10		Übernahme einer Baumpatenschaft	LA	1	2	3	4	Produkt
04 Gesundheitswesen & Infektionsschutz (Gesundheitsamt)								
04		Einsicht in die bzw. Auskunft aus der Todesbescheinigung	LA	1	2	3	4	Produkt
07		Anzeige einer Wasserversorgungsanlage gemäß § 13 TrinkwV	LA	1	2	3	4	Produkt
12		Gesundheitliche Beratung für Prostituierte	LA	1	2	3	4	Produkt
05 Personenstandswesen								
04		Namensführung - Erklärung der Namensänderung nach Tod, Scheidung, Auflösung der Lebenspartnerschaft	LA	1	2	3	4	Produkt
		Namensführung - Erklärung zur Namensfestlegung mit/nach der Heirat bzw. Begründung einer Lebenspartnerschaft	LA	1	2	3	4	Produkt
		Namensführung - Erklärung zur Namensgebung bei Geburt bzw. Adoption eines Kindes	LA	1	2	3	4	Produkt
		Namensführung - Öffentlich-rechtliche Änderung des Familien- oder Vornamens	LA	1	2	3	4	Produkt
05		Ehefähigkeitszeugnis	LA	1	2	3	4	Produkt
06		Auskunft aus dem Sorgeregister	LA	1	2	3	4	Produkt
09		Anmeldung Eheschließung	LA	1	2	3	4	Produkt
10		Anzeige einer Geburt	LA	1	2	3	4	Produkt
08 Parkausweise								
02		Parkerleichterungen für Schwerbehinderte	LA	1	2	3	4	Produkt
03		Handwerkerparkausweis	LA	1	2	3	4	Produkt

09	Fahrerlaubnisse													
	01	Allgemeine Fahrerlaubnis	LA	1	2	3	4	Produkt						
	02	Pflichtumtausch Führerschein	LA	1	2	3	4	Produkt						
	03	Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	LA	1	2	3	4	Produkt						
11	Sondernutzungen, Ausnahmegenehmigungen & Veranstaltungen													
	03	Sondernutzung für Werbung, Plakatierung, Wahl	LA	1	2	3	4	Produkt						
	04	Sondernutzung für Gastronomie und Gewerbe	LA	1	2	3	4	Produkt						
	06	Ausnahmen vom Sonntags-, Feiertags- und Ferienreisefahrverbot	LA	1	2	3	4	Produkt						
	07	Änderung der Sperrzeit	LA	1	2	3	4	Produkt						
	09	Markt- oder Veranstaltungsfestsetzung	LA	1	2	3	4	Produkt						
		Zulassung als (Tages-)Händler auf dem Wochenmarkt	LA	1	2	3	4	Produkt						
	10	Verwendungsgenehmigung für kommunale Hoheitszeichen	LA	1	2	3	4	Produkt						
	12	Befreiung vom Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	LA	1	2	3	4	Produkt						
	16	Anzeige einer öffentlichen Veranstaltung gemäß Ortpolizeiverordnung	LA	1	2	3	4	Produkt						
12	Abgaben & Steuern													
	03	Beherbergungssteuer	LA	1	2	3	4	Produkt						
		<ul style="list-style-type: none"> Aufnahme, Änderung oder Aufgabe einer Beherbergungseinrichtung (inkl. An-/Abmeldung eines Standorts) (Monatliche) Anmeldung bzw. Korrektur der vereinnahmten Beherbergungssteuer Antrag auf Verlängerung des Anmeldezeitraumes für die Beherbergungssteuer Antrag auf Rückerstattung der Beherbergungssteuer Meldung von Zahlungsverweigerern 												
		04							Hundesteuer	1	2	3	4	Produkt
		05							Vergnügungssteuer	1	2	3	4	Produkt
		07							Zweitwohnungssteuer	1	2	3	4	Produkt
09		Steuerbegünstigungsbescheinigung für Gebäude in Sanierungsgebieten oder städtebaulichen Entwicklungsbereichen							1	2	3	4	Produkt	
13	Kinder & Familie													
	01	Bundeselterngeld	LA	1	2	3	4	Produkt						
	03	Landeserziehungsgeld ¹	LA	1	2	3	4	Produkt						
14	Körperliche & Gesundheitliche Einschränkungen													
	01	Schwerbehindertenausweis	LA	1	2	3	4	Produkt						
		(Neu-)Feststellung einer Behinderung			2	3	4	Produkt						
	03	Landesblindengeld & weitere Nachteilsausgleiche nach LBlindG	LA	1	2	3	4	Produkt						
15	Aus- & Fortbildung													
	02	Außerhäusliche Unterbringung für Berufs- und Internatsschüler	LA	1	2	3	4	Produkt						
	06	Einschulung (Anmeldung zur Grundschule)	LA	1	2	3	4	Produkt						

	<ul style="list-style-type: none"> Anmeldung zur Einschulung eines schulpflichtigen Kindes an einer Grund-/Gemeinschaftsschule gemäß § 27 Abs. 1 und 2 SächsSchulG Antrag auf Zurückstellung vom Schulbesuch gemäß § 27 Abs. 3 SächsSchulG 							
16	Sozialwesen, Erwerbslosigkeit & Geringverdiener							
01	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	LA	1	2	3	4	Produkt	
02	Sozialhilfe (SGB XII) - Hilfe zum Lebensunterhalt	LA	1	2	3	4	Produkt	
04	Wohngeld <i>Ausbaustufe IV: Lastenzuschuss - Erstantrag, Weiterleistung, Erhöhung, Minderung, Änderung</i>	LA	1	2	3	4	Produkt	
	Wohngeld <i>Ausbaustufe V: Wohngeld für Heimbewohner</i>	LA	1	2	3	4	Produkt	
06	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) - Bildung & Teilhabe (Bildungspaket)	LA	1	2	3	4	Produkt	
17	Bauen & Grundstück							
01, 03-06	Digitale Bauverwaltung Sachsen ² <i>u.a. Beseitigung von Anlagen, Teil-)Baugenehmigung, Bauvorbescheid, Genehmigungsfreistellungsverfahren</i>	LA	1	2	3	4	Produkt	
13	Gutachterausschuss für Grundstückswerte - Verkehrswertgutachten	LA	1	2	3	4	Produkt	
	Gutachterausschuss für Grundstückswerte - Auskunft aus der Kaufpreissammlung	LA	1	2	3	4	Produkt	
	Gutachterausschuss für Grundstückswerte - Bodenrichtwertauskunft	LA	1	2	3	4	Produkt	
14	Feststellung als Kulturdenkmal	LA	1	2	3	4	Produkt	
15	Denkmalrechtliche Anzeigen	LA	1	2	3	4	Produkt	
16	Vorkaufsrecht bei Grundstücken (Negativzeugnis)	LA	1	2	3	4	Produkt	
20	Denkmalrechtliche Genehmigung	LA	1	2	3	4	Produkt	
21	Durchführung eines freiwilligen Landtausches	LA	1	2	3	4	Produkt	
19	Recht & Ordnung							
01	Fundsachen ³	LA	1	2	3	4	Produkt	
21	Aufenthaltstitel & Staatsangehörigkeit (Ausländerangelegenheiten)							
18	Einbürgerung	LA	1	2	3	4	Produkt	
25	Verpflichtungserklärung	LA	1	2	3	4	Produkt	
24	Personen- und Güterbeförderung							
01	Schülerbeförderung (Minderung bzw. Erlass des Eigenanteils zur Schülerbeförderung)	LA	1	2	3	4	Produkt	
25	Tierschutz, Veterinärwesen & Lebensmittelüberwachung							
03	Haltung gefährlicher Tiere	LA	1	2	3	4	Produkt	
05	Befähigungsnachweis zum Tiertransport	LA	1	2	3	4	Produkt	
	Zulassung als Transportunternehmer für Tiertransporte	LA	1	2	3	4	Produkt	
06	Anzeige einer Tierversammlung	LA	1	2	3	4	Produkt	
11	Haltung gefährlicher Hunde	LA	1	2	3	4	Produkt	
	Widerlegung der vermuteten Gefährlichkeit eines Hundes (Wesensanalyse-Anerkennung)	LA	1	2	3	4	Produkt	

	13	Anzeige einer Nutztierhaltung bzw. eines Nutztierbestandes	LA	1	2	3	4	Produkt
		Genehmigung/Registrierung eines Aquakulturbetriebes	LA	1	2	3	4	Produkt
26	Waffenrecht							
	01	Waffenrechtliche Erlaubnisse – Waffenbesitzkarte - Ausbaustufe II: weitere Waffenbesitzergruppen	LA	1	2	3	4	Produkt
28	Friedhofswesen							
	01	(Wieder-)Erwerb eines Grabnutzungsrechts	LA	1	2	3	4	Produkt
		Anzeige von Änderungen am Grabnutzungsrecht	LA	1	2	3	4	Produkt
		Genehmigung zur Ausgrabung oder Umbettung einer Urne	LA	1	2	3	4	Produkt
		Zustimmung zur Errichtung, Veränderung und Entfernung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen	LA	1	2	3	4	Produkt
		Erteilung des Einverständnisses zur Beisetzung durch den Grabnutzungsberechtigten	LA	1	2	3	4	Produkt
	02	Anmeldung einer Bestattung	LA	1	2	3	4	Produkt
29	Archivwesen und Akteneinsicht							
	01	Benutzung des Archivs	LA	1	2	3	4	Produkt
	02	Einsicht in bzw. Überlassung von Akten aus Verwaltungsverfahren	LA	1	2	3	4	Produkt
30	Ehrenamt & Vereinswesen							
	03	Sportförderung gemäß örtlicher Sportförderrichtlinie • Antrag auf Gewährung von Zuschüssen für Sportveranstaltungen, Sportanlagen und Sportgeräte gemäß örtlicher Sportförderrichtlinie	LA	1	2	3	4	Produkt
		Vereinsförderung gemäß örtlicher Vereinsförderrichtlinie • Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für ortsansässige Kultur- und soziale Vereine sowie zur Ausübung von Vereinsarbeit und ehrenamtlichen Initiativen gemäß örtlicher Vereinsförderrichtlinie	LA	1	2	3	4	Produkt
31	Datenschutz & Datenauskunft							
	01	Übermittlungssperre im Ausländerzentralregister	LA	1	2	3	4	Produkt
	02	Auskunft über und Änderung von verarbeiteten personenbezogenen Daten gemäß SächsDSUG und Sächs-SÜG	LA	1	2	3	4	Produkt
34	Querschnittsthemen							
	04	Beratung, Unterstützung und Beistandschaft durch das Jugendamt	LA	1	2	3	4	Produkt
		Erteilung einer Vertretungsvollmacht	LA	1	2	3	4	Produkt
		Zustimmungserklärung des gesetzlichen Vertreters	LA	1	2	3	4	Produkt
36	Spreng- & Gefahrstoffe							
	03	Anzeige eines Feuerwerks	LA	1	2	3	4	Produkt
Legende:								
Phasen nach OZG-Vorgehensmodell:								
LA	Leistungsanalyse							
1	OZG-Phase 1 „Projekt-Setup“ (inkl. OZG-Werkstatt 1)							
2	OZG-Phase 2 „Konzeption“ (inkl. OZG-Werkstatt 2)							
3	OZG-Phase 3 „Prototypenbau“ (inkl. OZG-Werkstatt 3)							
4	OZG-Phase 4 „Produktfertigung, Test & Abnahme“ (inkl. OZG-Werkstatt 4)							

Produkt	Produktverfügbarkeit beim kommunalen IT-Dienstleister zur Nutzung durch die Kommunen des Freistaates Sachsen (Roll-Out-Phase)				
	nicht begonnen	in Bearbeitung	abgeschlossen	Plan 2023	nicht erforderlich
	Nachnutzung eines Einer-für-Alle-(EfA-)Dienstes als Umsetzungsoption präferiert				
	Nachnutzung einer marktetablierten Softwarelösung als Umsetzungsoption präferiert				
	zentral gesteuertes Projekt in Verantwortung des Freistaates Sachsen				
1	<i>Die OZG-Umsetzung der Verwaltungsleistung „Landeserziehungsgeld“ ist aktuell zurückgestellt, da erhebliche gesetzeseitige und verfahrensgetriebene Digitalisierungs-Hindernisse (insb. Schriftformerfordernisse, mehrere gleichzeitige Unterschriften natürlicher Personen) entgegenstehen. Mit Beginn des Jahres 2023 soll hier neuer „Anlauf“ genommen werden.</i>				
2	<i>Das Thema ist eingebunden in die zentralen Planungen & den Fortschritt des KOMM8-Projektes „Elektronische Verfahren im Bauordnungsrecht“ aus dem Masterplan „Digitale Verwaltung Sachsen“ unter Federführung des Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR), Referat 53.</i>				
3	<i>Der Freistaat Sachsen hat als federführendes Bundesland des Themenfelds „Recht & Ordnung“ für die darin enthaltende OZG-Leistung „Fundsachen“ Erkundungen des Marktes vorgenommen und abschließend festgestellt, dass bereits geeignete kommerzielle Lösungen existieren. Da die Nachnutzung bereits vorhandener kommerzieller Lösungen i.d.R. wirtschaftlicher ist als eine komplette Neuentwicklung, wird hier für die Variante der Nachnutzung favorisiert. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) als Koordinator des Digitalisierungsprogramms hat diesem Sonderweg - entgegen dem Vorgehen im Wegweiser „Einer für Alle/Viele“ - bereits zugestimmt. Es ist nun angedacht, im Rahmen eines Umsetzungsprojektes für eine entsprechende Einer-für-Alle-(EfA-)Lösung einen bundesweiten Rahmenvertrag europaweit auszuschreiben, aus dem alle Bundesländer und ihre Kommunen abrufen können.</i>				

NÄCHSTER OZG-NEWSLETTER

Der nächste OZG-Newsletter erscheint am 22. Mai 2023.



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

Hinweise

Für Anregungen, Fragen und Hinweise können Sie gern unter ozg@sakd.de mit uns Kontakt aufnehmen.

Sie erhalten diesen Newsletter aufgrund Ihrer Anmeldung. Möchten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten oder Ihre Anmeldedaten bearbeiten, können Sie gern [hier](#) einen Link dazu anfordern.

Sie sind noch kein Abonnent? [Hier](#) haben Sie die Möglichkeit zur Anmeldung.

Impressum

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD)
Bischofstraße 18
01877 Bischofswerda
Telefon: 03594 7752-0
Telefax: 03594 7752-99

E-Mail: sakd@sakd.de
Internet: www.sakd.de

Die SAKD ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts.
Sie wird vertreten durch den Direktor Thomas Weber.
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 55 Abs. 2 RStV: Thomas Weber (Anschrift wie oben)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

[Link zur Datenschutzerklärung](#)